



Foto: 123RF/evdakovka

Foto: dpa/Bernd Wüstneck

# neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Donnerstag, 1. Februar 2018

73. Jahrgang/Nr. 27

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

## STANDPUNKT

Und wer soll  
das bezahlen?Ulrike Henning wartet weiter auf  
Klarheit für die Zukunft der Pflege

Die Einigung der künftigen Großkoalitionäre zur Pflege passt gut in die Tradition der Verschleppung bestehender Probleme durch ständig wiederholtes Reden darüber. Die Lieferung minimaler Lösungsansätze kann dann wohlfeil als »entscheidender Schritt« interpretiert werden, und man überlässt die Betroffenen weitere Legislaturperioden ihrem Elend. Nicht nur die geplanten 8000 zusätzlichen Stellen für die medizinische Behandlungspflege sind deutlich zu wenig für einen Bedarf, den der Paritätische Wohlfahrtsverband bei 100 000 fehlenden Pflegekräften festmacht.

Noch ist unklar, wie die zusätzlich nötigen Kräfte bezahlt werden sollen. Zudem soll in der Branche ja auch insgesamt besser entlohnt werden. Woher soll das Geld kommen? Versicherungsbeiträge rauf oder Steuerzuschüsse her? Oder gleich alles in Eigenanteile ummünzen? Teilkasko in diesem Bereich der Sozialversicherung zeigt immer wieder als schlechte Idee.

Auch die angestrebte größere Tarifbindung, die durchaus zum Vorteil für die Beschäftigten ausfallen könnte, muss finanziert werden. Mit einiger Sicherheit ist davon auszugehen, dass möglicherweise vorhandene Ambitionen im Gesamtpoker zwischen Finanz- und anderen Ministerien wieder eingedampft werden. Von einem Systemumbau in Richtung solidarische Pflege-Vollversicherung spricht bis jetzt niemand. Karl Lauterbach (SPD) hatte noch im letzten Sommer angekündigt, dass seine Partei genau dafür sorgen wolle.

## UNTEN LINKS

Wie im **Wilden Westen** geht es nach Ansicht vieler Bundesbürger in deren Hauptstadt Berlin zu. Nun, ob die Ureinwohner vertreibenden und mordenden Siedler im Westen des nordamerikanischen Kontinents wirklich mit Problemen wie nicht geahndeten Zweite-Reihe-Parkern oder monatelang ausgebuchten Standesamt-Terminen zu kämpfen hatten, sei dahingestellt. Zumindest in der Tierfrage wird die weitverbreitete These gestützt. »Deutlich mehr Rinder« in der Hauptstadt vermeldet das Statistische Landesamt Berlin-Brandenburg zum Stichtag 3. November 2017. 889 Stück zählten sie, fast 20 Prozent mehr als ein halbes Jahr vorher. Dabei geht es ums Fleisch, denn die Zahl der Milchkuhe stagnierte. Auch der Umgang mit Schafen ist klar Wildwest. Vergangene Woche weideten Unbekannte ein Mutterschaf aus einem Streichelzoo im Bezirk Neukölln nächtens fachmännisch aus. Ob das statistisch relevant ist, werden wir in einigen Monaten wissen. *nic*

## Die 24-Stunden-Warnung

Nach erfolgreichem Auftakt will die IG Metall ihre Tagesstreiks ausweiten



Foto: dpa/Caroline Seidel

Frankfurt am Main. Gesperrte Werkstore, leere Fabrikhallen und Tausende Beschäftigte vor den Toren: In mehr als 80 Betrieben mit rund 68 000 Beschäftigten hat nach Angaben der IG Metall am Mittwoch die Produktion stillgestanden. Die Gewerkschaft will ihre neuartigen Tagesstreiks am Donnerstag und Freitag ausweiten, so dass insgesamt rund 500 000 Metallarbeiter in 275 Betrieben teilnehmen sollen. Im Unterschied zu den bisherigen kürzeren Warnstreiks haben sie Anspruch auf Streikgeld aus der Kasse der IG Metall.

Ein neuer Verhandlungstermin nach dem am vergangenen Samstag in Stuttgart abgebro-

chenen Tarifgesprächen ist noch nicht in Sicht, wengleich beide Seiten ihr Interesse an einer Einigung bekundeten. IG-Metall-Chef Jörg Hofmann kritisierte die bei verschiedenen Arbeitsgerichten eingereichten Klagen der regionalen Arbeitgeberverbände: »Wir lassen uns durch juristische Nebelkerzen nicht abschrecken.« Die IG Metall sei nach wie vor an konstruktiven Lösungen am Verhandlungstisch interessiert. Die Gewerkschaft fordert für die 3,9 Millionen Beschäftigten neben sechs Prozent mehr Geld die Möglichkeiten zur Reduzierung der Arbeitszeit auf 28 Wochenstunden. Bestimmte Gruppen wie Schichtarbeiter,

pflegende Angehörige oder Eltern junger Kinder sollen einen Teilausgleich für entgangenen Lohn erhalten.

Dagegen haben die regionalen Arbeitgeberverbände vor Gericht geklagt. Im sächsischen Fall monieren die Arbeitgeber zusätzlich Formfehler bei der Kündigung des Manteltarifs und eine Verletzung der Friedenspflicht in der Frage der 38-Stunden-Woche. Gesamtmetall-Präsident Rainer Dulger kritisierte die neue Streiktaktik der IG Metall: »Die Tagesstreiks, die wir im Moment erleben, sind aus unserer Sicht lange im Voraus geplante Mitgliederwerbemaßnahmen.« *Agenturen/nd Seite 2*

## Regierungsabschnittspartner einig bei Pflege

Verbände reagieren skeptisch auf Verhandlungsergebnis von Union und SPD

**Die Verhandlungen zur Großen Koalition kommen voran, Thema auf Thema wird abgehakt. Die Stimmung scheint deshalb nicht besser zu werden.**

Von Uwe Kalbe

Nach einer Nachtsitzung der Steuerungsgruppe von CDU, CSU und SPD mit 15 Teilnehmern wurde am Mittwochmorgen erneut weißer Rauch über den Koalitionsverhandlungen gemeldet – Einigung in der Alten- und Krankenpflege. Eine bessere Bezahlung soll durchgesetzt werden. Über ein Sofortprogramm werden 8000 neue Stellen geschaffen. Gesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) sagte, pflegende Angehörige sollten gestärkt sowie Leistungen zusammengefasst werden. Auch ein Ausgleich der größeren Distanzen im ländlichen Bereich spielten bei den Verhandlungen eine Rolle.

Pflegeverbände reagierten verhalten; die Einigung geht ihnen

nicht weit genug. Der Paritätische Wohlfahrtsverband begrüßte zwar das Versprechen flächendeckender Tarifverträge, doch müsse dies auch auf die häusliche Krankenpflege ausgeweitet werden. Die Deutsche Stiftung Patientenschutz sprach von einem »ungedeckten Wechsel«. Denn schließlich sei die Bundesregierung kein Tarifpartner.

Auch die angekündigten neuen Stellen lösen keine Euphorie aus. Mittelfristig, so lautet der Einwand, würden rund 100 000 zusätzliche Pflegekräfte gebraucht. Der Paritätische Wohlfahrtsverband warnte überdies, eine Umsetzung der Maßnahmen dürfe nicht auf Kosten der Pflegebedürftigen gehen. Der Verband fordert eine gesetzliche Regelung, dass die Pflegeversicherung künftig grundsätzlich mindestens 85 Prozent der Kosten übernimmt und der Eigenanteil der Pflegebedürftigen auf 15 Prozent begrenzt wird. Auch der Sozialver-

band VdK befürchtet einen wachsenden Finanzierungsanteil der Pflegebedürftigen. Schon heute müssten immer mehr Pflegeheimbewohner Sozialhilfe beantragen, sagte VdK-Präsidentin Ulrike Ma-

**»Wenn der Rauch verzogen ist, bleibt praktisch nicht viel übrig für Pflegebedürftige und Angehörige.«**

Eugen Brysch, Deutsche Stiftung Patientenschutz

scher. »Pflege darf aber nicht arm machen. Die bessere Bezahlung der Pflegekräfte muss aus Steuerermitteln oder von der Pflegeversicherung finanziert werden.«

Vorfristig meldeten die Unterhändler auch eine Einigung über die weitere Rentenpolitik. Sie ver-

einbarten, dass der Beitragssatz für die gesetzliche Rente bis 2025 nicht über 20 Prozent steigen soll. Eine Rentenkommission mit Vertretern der Tarifpartner und der Wissenschaft soll Vorschläge für die Zeit danach erarbeiten. Der Beitragssatz liegt aktuell bei 18,6 Prozent. Schon in den Sondierungen war verabredet worden, dass das Rentenniveau nicht unter 48 Prozent fallen soll. Dafür soll die Rentenformel per Gesetz geändert werden.

Trotz der am Vortag vereinbarten Regelung in der Flüchtlingspolitik stritten die Verhandlungspartner am Mittwoch weiter. SPD-Vize Ralf Stegner warf der CSU vor, im »blindwütigen Wettbewerb mit der AfD« ihr Familienbild komplett außer Acht zu lassen. Bei einer Neuaufgabe von Schwarz-Rot gehe es »maximal« um eine Lebensabschnittspartnerschaft, »die dann hoffentlich bald auch wieder enden wird.« *Mit Agenturen Seite 6*

Trump beharrt auf  
Lager Guantanamo

US-Präsident revidiert Obamas Erlass

Washington. In seiner ersten Rede zur Lage der Nation hat US-Präsident Donald Trump am Dienstagabend angekündigt, das berüchtigte Gefangenenlager Guantanamo auf Kuba offenzuhalten. Er habe einen entsprechenden Erlass unterzeichnet und damit eine Anordnung von Amtsvorgänger Obama rückgängig gemacht. Trump forderte die zerstrittenen Parteien zur Zusammenarbeit auf, zeigte sich aber bei Kernthemen weitgehend unversöhnlich. Im Inneren forderte er Härte im Kampf gegen Drogen und Straßenkriminalität. Beim besonders strittigen Thema Einwanderung zeigte er sich zu Kompromissen bereit.

In der Außenpolitik nannte Trump insbesondere die Konflikte mit Iran und Nordkorea. Zugleich forderte er, das US-Atomwaffenarsenal zu modernisieren. Trump ging es in der traditionellen Rede vor dem US-Kongress vor allem darum, seine Landsleute zur Einheit aufzurufen. Die in den USA heiß diskutierte Russland-Affäre oder das Freihandelsabkommen Nafta mit Mexiko und Kanada erwähnte er in seiner 80-minütigen Ansprache im Kapitol nicht. *dpa/nd Seite 7*

Viel zu wenig  
GrundschullehrerStudie: Bis 2025 noch größeres  
Defizit an Lehrkräften

Gütersloh. Der Lehrermangel an den Grundschulen in Deutschland spitzt sich laut einer Studie in den nächsten Jahren weiter zu. Nach Zahlen, die die Bertelsmann-Stiftung am Mittwoch in Gütersloh vorstellte, fehlen bis ins Jahr 2025 rund 35 000 Lehrer für die ersten Schuljahre. Der Grund dafür: Nach Berechnungen der Stiftung müssten bis 2025 knapp 105 000 neue Lehrer eingestellt werden, die Universitäten können bis dahin aber nur 70 000 Absolventen ausbilden.

In ihrer Rechnung gehen die Bildungsforscher Klaus Klemm und Dirk Zorn von 60 000 Pädagogen aus, die in den Ruhestand gehen und ersetzt werden müssten. Weitere 26 000 neue Lehrer seien nötig, um die bis dahin steigenden Schülerzahlen aufzufangen. Für den Ausbau von Ganztagschulen würden außerdem 19 000 Lehrer benötigt. Angaben der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft zufolge sind aktuell bundesweit rund 2000 Lehrerstellen an Grundschulen nicht besetzt. *dpa/nd Seite 4*

Menschenrechtler  
soll freikommenTürkischer Amnesty-Vorsitzender seit  
sieben Monaten in Untersuchungshaft

Istanbul. Nach mehr als sieben Monaten Untersuchungshaft hat ein Istanbul Gericht die Entlassung des Amnesty-Vorsitzenden in der Türkei, Taner Kilic, angeordnet. Das teilte der Türkei-Experte von Amnesty International, Andrew Gardner, am Mittwoch via Twitter mit. Gardner nahm als Beobachter an dem Prozess teil. In demselben Prozess ist auch der Deutsche Peter Steudtner angeklagt, der im Oktober gemeinsam mit neun Mitangeklagten aus der Untersuchungshaft entlassen worden war. Kurz darauf verließ er die Türkei und kehrte nach Deutschland zurück.

Zum Prozessauftritt am 25. Oktober hatte das Gericht alle Angeklagten bis auf Kilic aus der U-Haft entlassen. Steudtner und sein schwedischer Kollege Ali Gharavi reisten am Tag darauf nach Berlin. Sie nehmen an der Fortsetzung des Verfahrens in Istanbul nicht teil. Den Menschenrechtlern wird Mitgliedschaft in einer bewaffneten Terrororganisation beziehungsweise Terrorunterstützung vorgeworfen, worauf bis zu 15 Jahre Haft stehen. *dpa/nd*

